

Ansatzpunkte für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten

Die verantwortlichen Organe des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften haben sich im Mai/Juni 1967 unmißverständlich und einmütig für die Existenzberechtigung der jüdischen Heimstätte Israel erklärt, als sich dieser Staat und seine Menschen einer akuten Gefahr gegenübersehen.

Diese solidarische Haltung der deutschen Gewerkschaften zu Israel ergab sich auch deshalb, weil viele aktive Mitglieder des israelischen Gewerkschaftsbundes HISTADRUTH vor 1933 in den Arbeiterorganisationen der europäischen Länder tätig waren. Nicht wenige Gewerkschaftskollegen, die nach 1945 und heute in den europäischen und israelischen Gewerkschaften und im öffentlichen Leben Israels leitende Funktionen ausüben, haben zwischen 1933 und 1945 ähnliche Schicksale erlitten. Die gemeinsame Arbeit vor 1933 und die Zusammenarbeit im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) seit 1950 haben ein starkes Gefühl der Verbundenheit entstehen lassen. Die HISTADRUTH hat einen entscheidenden Anteil an der sozialen Gestaltung des Staates Israel. Der gemeinwirtschaftliche Charakter von 30 % der gewerblichen und 80 % der landwirtschaftlichen Betriebe, die sich im Besitz der Gewerkschaften befinden, sind für dieses Land typisch und stellen viel beachtete Beispiele für eine erfolgreiche genossenschaftliche Wirtschaftsorganisation dar.

Der impulsiven Bekundung der Solidarität mit unseren israelischen Gewerkschaftskollegen und dem von ihnen mitgeschaffenen demokratischen Staat im Mai/Juni des vergangenen Jahres muß aber nun die gewissenhafte Feststellung und Meinungsbildung über

alle Tatbestände und Zusammenhänge der israelisch-arabischen Situation folgen. Das **ist** notwendig, um die Gewißheit zu haben, daß wir unseren israelischen Freunden eine Unterstützung und Hilfe gewähren, die nicht nur im Angesicht der unmittelbaren Gefahr richtig war, sondern auf die Dauer Bestand hat. Diese vertiefte Meinungsbildung ist auch notwendig, um nicht ungerecht zu werden bei der Beurteilung der Haltung der Arbeiter und Gewerkschaften in den arabischen Ländern. Wir würden unseren israelischen Freunden einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir sie glauben ließen, sie könnten in einem völlig autonomen zionistischen Nationalstaat auf die Dauer bestehen in einem Gebiet, dessen arabische Bevölkerung schnell zunimmt und dessen arabische Staaten auch wirtschaftlich immer stärker werden.

Wir sollten uns heute zu diesen realistischen Einschätzungen und freimütigen Meinungsäußerungen gegenüber unseren israelischen Kollegen entschließen und davon abkommen, in Erinnerung an die im Namen Deutschlands an den Juden begangenen Verbrechen uns jeder kritischen Stellungnahme zu enthalten.

Wir sind außerdem nach der arabischen Seite hin durch unser nationales Schicksal nach 1945 wie Angehörige keines anderen Volkes in einer Situation, von den Arabern nicht als billige Trostspender angesehen zu werden, wenn wir ihnen ein friedfertiges Arrangement mit den Israeli nahelegen, da 12 Millionen Deutsche ebenfalls aus Gebieten weggehen mußten, in denen ihre Vorfahren seit 1000 Jahren gelebt und gearbeitet haben.

Die Entschließung des DGB-Bundesvorstandes vom 6. Juni 1967 endet mit der Forderung, einen gerechten, vertraglich gesicherten Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn herbeizuführen. Wir können uns aber als Gewerkschaften nicht damit begnügen, diese Erwartung auszusprechen, sondern müssen durch eine unvoreingenommene Beurteilung der israelisch-arabischen Entwicklung und Gegebenheiten zu verlässlichen Schlußfolgerungen kommen. Dazu will die folgende Betrachtung beitragen.

Die drei Kriege Israels

Der seit 1948, also nunmehr zwanzig Jahre bestehende Staat Israel, der als zionistische, d. h. religiös-nationale Heimstätte gegründet wurde, hat zur Sicherung seiner nationalen Selbständigkeit im Mai 1967 zum dritten Male Krieg geführt. Der Abwehrkampf gegen die Araber nach der Staatsgründung dauerte von Mai 1948 bis April 1949.

Während dieser elf Monate waren aus dem Gebiet des neuen Staates Hunderttausende von Arabern geflüchtet. Nach Angaben der Hilfsorganisation der Vereinten Nationen (UNRWA) gab es vor dem 5. Juni 1967 rund 1,3 Millionen anerkannte Palästina-Flüchtlinge, von denen sich damals 500 000 in Flüchtlingslagern befanden und von Unterstützungen der Vereinten Nationen lebten. Die UNRWA weist darauf hin, daß die Mehrzahl der Palästinaflüchtlinge Kleinbauern und ungelernete Arbeitskräfte seien, für die kein Bedarf in den Aufnahmeländern bestände; diese Situation sei nicht vergleichbar mit den deutschen Flüchtlingen nach 1945, von denen viele einen Beruf hatten und für die es auch sonst leichter war, in dem hochentwickelten westdeutschen Industriestaat Arbeitsplätze zu finden oder zu schaffen.

Nach neueren Berichten der UNRWA hat sich nach dem 5. 6. 1967 die Zahl der Flüchtlinge in Jordanien um 174 000 auf nunmehr 434 000 erhöht; nur 14 000 kehrten bis Ende September 1967 nach Westjordanien mit Zustimmung der israelischen Behörden zurück. In Syrien sind es jetzt 106 000 Flüchtlinge. Für das Gaza-Gebiet werden 458 000 und für Ägypten 35 000 Flüchtlinge angegeben.

Die Beteiligung Israels an der englisch-französischen Strafexpedition alten imperialistischen Stils gegen Ägypten dauerte acht Tage, vom 29. Oktober bis 5. November 1956. Stärker noch als nach den Waffenstillstandsverträgen von 1949 gab es in den Jahren

seit 1956 immer wieder Grenzzwischenfälle. Die seit April 1967 verstärkten Spannungen, insbesondere zu Syrien, und der angeblich von Israel beabsichtigte Einmarsch in Syrien waren die Begründung für den Aufmarsch ägyptischer und schließlich auch jordanischer und irakischer Truppenverbände und die in solchen Situationen übliche fanatisch-nationalistische Propaganda, besonders von Kairo aus. Die Sprengung dieser militärischen Umklammerung war der dritte Krieg Israels, der am Montag, 5. Juni, begann und am Samstag, 10. Juni, 19.30 Uhr, mit dem vom UN-Sicherheitsrat angeordneten Waffenstillstand zwischen Israel und Syrien endete.

Hat der UN-Generalsekretär U Thant versagt?

Es kann nicht Sinn dieser Betrachtung sein, die Bemühungen der UN, die Haltung und Maßnahmen der Großmächte sowie die Vorgänge in Israel und in den arabischen Nachbarstaaten in der Zeit vor und nach dem 6-Tage-Krieg im einzelnen nachzuzeichnen und zu beurteilen. Einige kurze Feststellungen zu den Anschuldigungen gegen U Thant erscheinen jedoch erforderlich.

„10 Jahre lang hat eine zuletzt 3300 Mann starke UN-Truppe dazu beigetragen, als eine Art Puffer zwischen den Israeli und den Arabern zu wirken, indem sie Übergriffe stoppte, ihre Urheber feststellte und sie durch Berichterstattung an die UN-Vollversammlung dem Urteil der Weltmeinung aussetzte“, heißt es in einem Bericht der Zeitschrift *Vereinte Nationen*¹⁾. Deshalb ist wiederholt die Frage gestellt worden, ob nicht der UN-Generalsekretär U Thant durch den Befehl vom 18. Mai zum Abzug der UN-Truppe die letzte und entscheidende Barriere gegen den Ausbruch des Krieges selbst beseitigt habe.

Der New Yorker Korrespondent der Zeitschrift *Vereinte Nationen* zitiert hierzu mehrere UN-Dokumente und weist diese Verdächtigung U Thants zurück. Er stellt fest, daß die UN-Sicherheitstruppe leider nur auf der ägyptischen Seite der 450 km langen ägyptisch-israelischen Waffenstillstandslinie stationiert gewesen ist; Israel hat es immer abgelehnt, auf seiner Seite UN-Beobachtungsposten zuzulassen. Ägypten ist vertraglich berechtigt gewesen, das Gastrecht der UN-Truppe auf seinem Gebiet jederzeit zu widerrufen. Am 16. Mai sind die vorher der UN-Truppe vorbehaltenen Gebiete von ägyptischen Truppen besetzt worden. Erst nach dieser tatsächlichen Kaltstellung der UN-Beobachtungsposten und nach der ausdrücklichen Aufforderung der ägyptischen Regierung hat U Thant am Abend des 18. Mai den Befehl zum Abzug der UN-Truppen gegeben. Als der ständige Vertreter Israels bei den Vereinten Nationen, Botschafter *Rapbael*, gegen den Abzugsbefehl Einspruch erhob, warf U Thant die Frage auf, ob Israel jetzt bereit sei, die UN-Einheiten auf der israelischen Seite der Waffenstillstandslinie zu stationieren. Das erklärte der israelische Botschafter für unannehmbar. Der UN-Generalsekretär hat aber auch dann noch wiederholt (zuletzt mit einem persönlichen Gespräch bei *Nasser* in Kairo am 24. Mai) versucht, die Ägypter umzustimmen.

Diese Ehrenrettung U Thants sollte man gelten lassen. Er hat im Rahmen des Spielraums, der ihm gegeben ist, das Äußerste versucht. Wir sollten weiter die Autorität der Vereinten Nationen unterstützen und ihre, wenn auch bescheidene Rolle als Friedens-Sicherungsorganisation nicht in Frage stellen.

Das Potential Israels und der arabischen Länder

Das Staatsgebiet Israels umfaßte im Mai 1967 rund 2,6 Millionen Einwohner; davon sind etwa 2,3 Millionen Juden und rund 300 000 Nicht-Juden, hauptsächlich Araber. Verstreut in der übrigen Welt leben weitere elf Millionen Juden. Seit der Entstehung des Staates Israel im Jahre 1948 sind mehr als 1,2 Millionen Juden nach Israel eingewandert. Die Wanderungsbilanz soll auch heute noch positiv sein. Der Anteil der Rück-

1) Vereinte Nationen, Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, Heft 5/67, 15. Jahrgang. Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn.

Wanderer im Verhältnis zu den Einwanderern betrug während der großen Einwanderung nach 1948 bis zu acht Prozent, ist aber bis 1964 auf vier Prozent gesunken. Der zu Beginn des Jahres 1967 entworfene 5-Jahres-Plan 1968 bis 1971 sieht eine Bevölkerungszunahme auf 3 Millionen Menschen im Jahre 1971 vor. Nach israelischen Schätzungen kann das Land (Staatsgebiet vom Mai 1961) maximal 5,6 Millionen Menschen aufnehmen und ernähren. Im Machtbereich Israels nach dem 6-Tage-Krieg wohnen gegenwärtig rund 3,8 Millionen Menschen, darunter 1,5 Millionen Araber.

Das Schulwesen Israels ist hoch entwickelt. Es bestehen wissenschaftliche Kontakte mit der ganzen übrigen Welt und beachtliche eigene Leistungen. 35 Prozent der Bevölkerung sind erwerbstätig. Im Jahre 1965 waren von den rund 880 000 Arbeitnehmern 13% in der Landwirtschaft und 25 % in den 10 000 Industriebetrieben und im Bergbau tätig. Israel leistet eine recht umfangreiche und anerkannte technische Entwicklungshilfe in vielen afrikanischen und asiatischen Ländern. Die Pro-Kopf-Werte der Einfuhr und Ausfuhr Israels sind größer als die aller arabischen Nachbarländer zusammen.

Die fünf arabischen Staaten, die Nachbarn Israels sind, haben heute 45 Millionen Einwohner. Im Kriegszustand mit Israel befinden sich insgesamt elf arabische Staaten mit einer Bevölkerung von etwa 86 Millionen Menschen. In fünf Jahren, im Jahre 1973, werden diese Länder wahrscheinlich rund 100 Millionen Einwohner haben. Einige dieser Staaten, besonders Ägypten und Algerien, machen beträchtliche Anstrengungen, um die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Länder zu modernisieren. Die Entwicklung des Schulwesens, das in den Jahrzehnten kolonialer Unterdrückung vorsätzlich vernachlässigt wurde, ist in diesen Ländern eine mit großer Energie betriebene vorrangige nationale Aufgabe. Tausende von begabten jungen Arabern studieren auf Kosten ihres Staates an den Fachschulen und Hochschulen der Industrieländer des Westens und des Ostens.

Es kann somit kein Zweifel bestehen, daß einige der arabischen Nachbarstaaten Israels und der anderen Länder der Arabischen Liga schon in den nächsten zwei Jahrzehnten eine dem heutigen Israel vergleichbare wirtschaftliche Grundlage und eine ähnlich gut ausgebildete Bevölkerung haben werden, um auch eine moderne Kriegsmaschinerie erfolgreicher funktionieren zu lassen, als es diesmal der Fall war.

Harmonische soziale Entwicklung aller Nahost-Länder notwendig

Israel mit seinen 2,6 Millionen Einwohnern hat nach 1948 viele Milliarden DM Aufbauhilfe erhalten aus den Staaten der westlichen Welt; dazu kamen die Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik. Einige hunderttausend Israeli sind gut ausgebildete und kenntnisreiche Fachkräfte mit Arbeitserfahrungen in den Industrieländern. Es konnte so ein Musterland mit beachtlicher Wirtschaftskraft und fortschrittlichen sozialen Einrichtungen entstehen — inmitten von Ländern, deren konservative Regierungen nicht bereit waren, deren Menschen nicht die erforderliche Ausbildung hatten und in deren Wirtschaft zu wenig investiert wurde, um Ähnliches wie in Israel zu verwirklichen.

Wenn man diese Zusammenhänge bedenkt, sollte das immer schärfer werdende Spannungsverhältnis verständlich sein, das sich zwischen Tel Aviv, Kairo, Amman und Damaskus entwickelt hat. Man wird die arabische Solidarität, der sich auch Marokko, Sauch-Arabien und Tunesien nicht entziehen konnten, nicht nur als das Ergebnis fanatischer Drohungen der Führungsmacht Ägypten oder weltpolitischer sowjetischer Strategie ansehen können, sondern im Kern auch als die Solidarität der benachteiligten arabischen Länder gegenüber dem auf vielfache Weise im Vorteil befindlichen Israel.

Palästina-Föderation als Ziel

Das eigennützige und widerspruchsvolle Spiel der früheren Kolonialmächte seit der Balfour-Deklaration von 1917 und die Folgen taktischer Züge der heutigen Weltmächte

sind wieder einmal und diesmal in der tragischen Gegenwart Israels und seiner Nachbarländer besonders deutlich geworden. Vielleicht haben gerade deshalb eigenständige, von den Vereinten Nationen geförderte Versuche, die bisherigen Beziehungen in diesem Raum radikal zu ändern, einige Aussicht auf Erfolg. Nachdem Israel als nationaler Staat in seiner zwanzigjährigen Geschichte seine starken inneren jüdischen Gegensätze in demokratischer Weise und mit erstaunlichem Erfolg gemeistert hat, sollte es jetzt bereit und fähig sein, mit seinen arabischen Nachbarn eine Palästina-Föderation im Ziel nach Schweizer Vorbild zu schaffen.

Den fortschrittlichen Kräften der für eine solche Föderation in Betracht kommenden arabischen Länder sollten die Zusicherung der kulturellen Autonomie aller Föderationsgebiete, die schon wiederholt diskutierte Internationalisierung Jerusalems, die Auswirkungen des konsequent demokratischen Staatslebens Israels auf einige reaktionäre arabische Staaten sowie die Nutzung der wirtschafts- und entwicklungspolitischen Erfahrungen Israels genügend Gründe sein, dieses Experiment zu wagen und entschlossen anzustreben. Für die Israeli wäre eine solche Neugestaltung der vorderasiatischen Verhältnisse zweifellos eine sicherere Zukunftschance als der zionistische Nationalstaat.

Wirtschaftlicher Gesamtplan für den Mittleren Osten

Wenn der Friede hergestellt und gesichert werden soll, muß mindestens das Kerngebiet des Mittleren Ostens nach einem wirtschaftlichen Gesamtplan entwickelt werden, um die Voraussetzungen zu schaffen für eine dauerhafte Ansiedlung der Flüchtlinge und für die Anhebung der Einkommensverhältnisse in den arabischen Gebieten.

Ein größerer Teil der seit 1948 aus Israel geflüchteten Araber hat in Jordanien, im Gazagebiet, in Syrien und anderen arabischen Ländern Arbeit und Verdienst gefunden. Palästina-Araber sind als Lehrer und als qualifizierte Kräfte anderer Art in verschiedenen arabischen Ländern tätig. Etwa 500 000 Flüchtlinge und deren nachgeborene Angehörige waren aber bis Mai 1967 in den Flüchtlingslagern verblieben; heute leben unter schwierigen Verhältnissen 700 000 Palästina-Araber in Flüchtlingslagern. Die UN haben zahlreiche Hilfsprogramme durchgeführt und Volks- und Mittelschulen mit 5100 Lehrern für rund 190 000 Kinder und Jugendliche in Flüchtlingslagern eingerichtet und finanziert.

Die Vollversammlung der UN hat in zwei Entschlüssen Israel aufgefordert, denjenigen Palästina-Arabern, die in ihre alten Siedlungsgebiete zurückgehen möchten, die Rückkehr zu ermöglichen. Diese Beschlüsse wurden nicht durchgeführt, und Israel hat auch keine formellen Angebote gemacht, um wenigstens eine stufenweise Rückwanderung einzuleiten. Andererseits ist gut bekannt, daß fanatische Nationalisten auf der arabischen Seite an der Auflösung der Flüchtlingslager kein Interesse haben.

Entscheidend ist jedoch, daß für eine befriedigende Lösung des Flüchtlingsproblems ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm großen Stils erforderlich ist, das die finanzielle Kraft Israels und der dafür in Betracht kommenden arabischen Länder weit übersteigt. Dafür sind beträchtliche Summen notwendig. Vieles hätte mit den Kosten, die die Kriege von 1956 und 1967 verursacht haben, schon verwirklicht werden können. Unvermeidliche Einsicht mußte aber schon oft und von manchem Volk teuer erkaufte werden. Für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebiets muß nun endlich so schnell wie möglich Entscheidendes getan werden.

Von wem und wie soll diese Aufgabe bewältigt werden? Die Vereinten Nationen sind in dauernden finanziellen Schwierigkeiten. Eine koordinierte Wirtschaftshilfe der USA und der Sowjetunion bei gleichzeitigen Vereinbarungen über eine Beschränkung der Waffenlieferungen in den Mittleren Osten wurde zwar schon wiederholt in Erwägung

gezogen, ist aber leider unwahrscheinlich. So bleibt die Möglichkeit, daß sich die EWG oder noch besser die EWG- und EFTA-Länder entschließen, gemeinsam ein Programm für die Wirtschaftsentwicklung dieses Gebiets zu vereinbaren und durchzuführen.

Ein erster Antrag Israels auf Assoziierung mit der EWG wurde im Jahr 1959 gestellt und 1962 vom EWG-Ministerrat abgelehnt. Am 4. 10. 1966 hat Israel erneut die Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen beantragt, die daraufhin am 27. 1. 1967 begonnen wurden. Außerdem laufen Verhandlungen über eine Assoziierung der Maghreb-Staaten mit der EWG. Andere arabische Mittelmeerländer haben solche Assoziierungsverhandlungen nicht beantragt, sondern nur separate Wirtschaftsverträge abgeschlossen, so z. B. im Oktober 1967 Jordanien mit der Bundesrepublik. Ebenso wie die EWG Wert darauf legt, zu einem gemeinsamen Assoziierungsabkommen mit den politisch selbständigen drei Maghrebstaaten zu gelangen, wäre es aus schwerwiegenden politischen Gründen dringend erwünscht, in die Verhandlungen mit Israel die beiden Nachbarstaaten Jordanien und Libanon einzubeziehen und darüber hinaus Ägypten den Vorschlag zu unterbreiten, für das Gaza-Gebiet an entsprechenden Verhandlungen teilzunehmen. Eine alleinige Assoziierung Israels mit der EWG wäre eine weitere einseitige Begünstigung Israels und würde dazu führen, die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten weiter zu verschärfen.

Diese europäische Partnerschaft mit einer vorerst losen Wirtschaftsföderation des Mittleren Ostens könnte auch die Basis bilden für die Finanzierung der Meerwasser-Entsalzung, die bis heute mit hohen Kosten von Israel allein erprobt und vorbereitet wird. Eine solche Hilfe für die Durchführung gemeinsamer Bewässerungsprojekte wäre ein entscheidender Beitrag für die Siedhaftmachung der Flüchtlinge in bis heute unkultivierbaren Gebieten.

Da die Völker Europas durch die israelisch-arabischen Gegensätze in ihrer friedlichen Existenz ebenso bedroht sind wie der Nahe Osten selbst, sollten diese ungewöhnlichen Überlegungen und Maßnahmen nicht gescheut werden. Es liegt nahe, anzunehmen, daß Maßnahmen dieser Art die bereitwillige Unterstützung *de Gaulles* finden werden, der um eine Nahostpolitik bemüht ist, die eine uneingeschränkte Respektierung der arabischen Interessen und die ebenso unabdingbare Erhaltung und Sicherheit der jüdischen Heimstätte Israel zum Ziel hat.

Überwindung der anti-arabischen Vorurteile

Es hat uns Deutsche viel Mühe gekostet, das in einigen Generationen gepflegte anti-französische Vorurteil abzubauen. Die menschliche und berufliche Geringschätzung der Italiener und der Polen ist bei uns heute noch nicht vollkommen überwunden. Die nationalistischen Animositäten, die in Europa endlich lächerlich werden, übertragen manche Leute — von denen leider einige erheblichen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung haben — auf unser Verhältnis zu den Arabern. Wir müssen diesen Einflüssen, die eine üble primitive Stimmungsmache darstellen, noch mehr als bisher mit aller Kraft entgegenwirken; die dummen Vergleiche, die wir auch in deutschen Zeitungen lesen konnten, zwischen dem kleinen, aber intelligenten Volk der Israeli einerseits und den undemokratischen, zur Selbsthilfe unfähigen und einem primitiven Nationalismus erliegenden Arabern andererseits, sind eine verbrecherische Propaganda, die den Frieden ebenso gefährdet wie kriegerische Auseinandersetzungen. Wem es um den Frieden ernst ist, der muß die beträchtlichen Anstrengungen in vollem Umfang sehen und anerkennen, die in einigen arabischen Ländern unter im Vergleich zu Israel wesentlich ungünstigeren Voraussetzungen gemacht werden, um das Bildungsniveau zu verbessern, die Wirtschaft zu entwickeln und zu modernisieren und die gesellschaftlichen Verhältnisse gerechter zu gestalten.

Junge Völker unter nationalistisch-kommunistischer Flagge

Es gibt heute kaum eine Veränderung in irgendeinem Land unserer Erde, die die drei Weltmächte USA, Sowjetunion und China nicht auf ihre Weise beeinflussen und zur Ausdehnung ihres Einflusses nutzen. Spätestens mit dem Aufbruch der Gegensätze zwischen der Sowjetunion und China sollte jedoch endlich der verhängnisvolle Irrtum klar geworden sein, daß jeder Staat, dessen führende Partei sich kommunistisch nennt, anti-westlich ist und automatisch pro-sowjetischer oder pro-chinesischer Politik verfallen müsse. Die von uns hingegenommene USA-Politik in Vietnam beruht auf diesem Grundirrtum, daß es den monolithischen Block des Weltkommunismus der Zwanziger- und Dreißigerjahre heute noch gäbe. Es gibt diesen Block nicht mehr, und die Auflösung dieser Einheit des Kommunismus hat ihre Ursache auch nicht in der gelegentlich sehr seltsame Formen annehmenden westlichen Propaganda für die Demokratie, sondern in der Dynamik der zu wachsender wirtschaftlicher Eigenständigkeit gelangenden kleineren und jüngeren Staaten.

Diese föderative dritte oder vierte Mächte-Gruppierung zwischen den zwei oder drei Weltmächten hat immer wieder Rückschläge erlitten und sich in ihrer Zusammensetzung geändert, ist aber eine Tatsache, die zur Kenntnis genommen werden sollte. Wenn wir erkennen, daß die jungen Völker bei dem Aufbau ihres Staates gar nicht anders können, als planwirtschaftliche und als „kommunistisch“ verketzerte Maßnahmen zu ergreifen, werden wir auch nicht dem Irrtum verfallen, der syrische, ägyptische oder algerische Sozialismus müsse zwangsläufig zu einem bedingungslosen anti-westlichen Zusammengehen mit der Sowjetunion oder China führen.

Mit den Israeli sprechen

Der Fortgang und die Lösung des israelisch-arabischen Konflikts wird ohne Zweifel in starkem Maße durch die Weltmächte beeinflußt. Dem Verhalten der Verbündeten der beiden Weltmächte kommt aber dennoch eine erhebliche Bedeutung zu.

Die eigenwillige, auf Vermittlung gerichtete Haltung Rumäniens und auch Jugoslawiens im israelisch-arabischen Konflikt ist bekannt. In *Internationale Politik*, einer deutschsprachigen jugoslawischen Zeitschrift²⁾, schreibt dessen stellvertretender Chefredakteur Dr. *Petkovic* am 20. 12. 67 über „Arabische Momente der Wahrheit“. Dort heißt es: Das Schüren des Anti-Israelismus in der Erwartung, auf diese Weise die arabische Einheit herbeizuführen, „war häufig nicht nur eine Besessenheit, sondern auch eine glatte Selbsttäuschung“. Aber auch die Hoffnung auf die Einheit der fortschrittlich orientierten arabischen Länder ist nach Meinung *Petkovic*' trügerisch, wegen der in diesen Ländern noch vorhandenen starken inneren politischen und gesellschaftlichen Spannungen. Diese jugoslawische Darstellung des arabischen Verhältnisses zu Israel schließt mit der Feststellung, daß für die arabischen Länder „die Befreiung von Irrtümern und eine größere Dosis Realismus“ unerläßlich seien.

So wie im Ostblock Rumänien und Jugoslawien sich unverkennbar um Vermittlung bemühen, so sollte im westlichen Lager die bundesdeutsche Politik in Übereinstimmung mit französischen Überlegungen und zusammen mit Frankreich auf eine zukunftsbeständigere Lösung drängen.

Die deutschen Gewerkschaften haben aber auch noch ihre eigenen und nicht gering zu schätzenden Einflußmöglichkeiten. Die spontane Solidaritätserklärung des DGB-Bundesvorstandes gegenüber den israelischen Gewerkschaften und der jüdischen Heimstätte Israel hat das bisher schon bestehende Vertrauensverhältnis erhärtet. Alle diejenigen,

2) *Internationale Politik*, deutsche Ausgabe, Heft 425, vom 20. 12. 67. Herausgeber: Journalistenverband Jugoslawiens, Belgrad.

denen die Israeli vertrauen, können und sollten deshalb in freundschaftlicher Offenheit mit ihnen über die Zukunft Israels sprechen und sie ermuntern, aus freiem Entschluß so schnell wie möglich einen echten föderativen Zusammenschluß Israels und seiner Nachbarländer vorzuschlagen. Alle diejenigen, denen die Israeli vertrauen — dazu gehören führende Gewerkschaftskollegen, die wie die Juden die Unterdrückung durch den deutschen Faschismus durchlebt haben —, sollten immer wieder Einfluß nehmen, um das Vertrauen, das sie bei den Israeli haben, zu nutzen und um gegenüber den arabischen Arbeitern und Gewerkschaften neues Vertrauen zu schaffen im Interesse eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten.

Es ist ein hoffnungsvoller Vorgang, wenn es *Ludwig Rosenberg* als stellvertretenden IBFG-Vorsitzenden gelungen ist, auf der letzten Vorstandssitzung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften Vertreter arabischer Gewerkschaften und des israelischen Gewerkschaftsbundes HISTADRUTH an einen Tisch zusammenzuführen. Es ist zu hoffen, daß sich in dem neugebildeten IBFG-Nahost-Ausschuß in gemeinsamen Überlegungen Beiträge für eine friedliche Regelung der israelisch-arabischen Gegensätze ergeben werden.